

Bezugspreis:

Wochenschrift 10,20 Mk., monatlich 2,80 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 Mk., erst Aufstellungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., beidseitig einmal Aufstellung 8,75 Mk. Postbestellungen nehmen an: Baden, Bayern, Böhmen, Preußen, Sachsen, Schweden u. die Schweiz. Einzelnummern in die Postzeitungs-Vertriebsstelle.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 17. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Bethmann und der „Vorwärts“.

Das Reichstagsgebäude ist im Umkreis abgesperrt. Grüne Sicherheitswehr läßt nur Karteninhaber passieren. Hindenburg ist aber auch heute noch nicht erschienen, und die Demonstrationen haben, die sich wieder angehäuft haben, keinen Erfolg gebracht. Hindenburg wird erst am Dienstag vernommen werden; es sind ihm bereits eine Reihe von Fragen vorgelegt worden, die er dann beantworten soll.

Die Sitzung beginnt mit der Verlesung einer formulierten Erklärung des Ausschusses, die vom Vorsitzenden Gothein verlesen wird. Sie führt nochmals in bestimmtester Form aus, daß der Ausschuss lediglich den Charakter einer Enquete-Kommission trage, daß sein Verfahren kein Ermittlungsverfahren für den Staatsgerichtshof sei und daß sich sowohl die Ausschussmitglieder wie auch die Zeugen aller Werturteile zu enthalten hätten.

Helfferich will nun den Anach vom Sonnabend fortsetzen und seinen Einspruch gegen seine Verurteilung zu einer Geldstrafe von 800 Mk. mündlich vortragen. Der Vorsitzende aber meint, das Papier, auf dem die Einspruchsschrift aufgeschrieben ist, könne auch einfach zu den Akten gegeben werden, und Herr Helfferich flücht sich. Wäre Wurmuth an Stelle Gotheins gewesen, wie hätten wieder das schönste Theater gehabt.

Nun meldet sich überraschenderweise Herr v. Bethmann zum Wort, um eine Rede gegen den Leitartikel im heutigen Morgenblatt des „Vorwärts“ zu halten. Er bekennt, daß das Volk und die Volkvertretung hinter ihm steht, daß er im Winter 1916/17 getrieben, nur die Unterstützung der Sozialdemokratie gefunden hätte. Gothein wirft ein, auch die fortschrittliche Volkspartei sei eine Gegnerin des unbeschränkten U-Boot-Krieges gewesen. Bethmann aber behauptet, daß es für die Regierung unmöglich gewesen sei, sich auf Sozialdemokratie und Volkspartei zu stützen. Im übrigen legt er den größten Nachdruck darauf, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg als selbstverständliche Folge des unbeschränkten U-Boot-Krieges vorauszusetzen gewesen sei. Er und Helfferich hätten das den Führern der bürgerlichen Parteien unzählige Male gesagt, die Reichstagsmehrheit sei aber trotzdem für den unbeschränkten U-Boot-Krieg gewesen.

Zunmer klarer tritt die Absicht hervor, die Verantwortung für jene verhängnisvolle Wendung von der ehemaligen Regierung abzuschieben und auf das Zentrum zu wälzen.

Geselle David bleibt in einer Entgegnung dabei, daß die Regierung den Reichstag mangelhaft informiert habe, und daß sich bei besserer Information auch die Mehrheitsverhältnisse geändert haben würden. Darüber wird dann recht heftig hin und her debattiert. David bekennt auf das entscheidende, daß der Hauptauschuss im Januar 1917 auf die unentzerrbare Gefahr des Krieges mit Amerika mit dem nötigen Nachdruck hingewiesen worden sei. Ein Alarmtelegramm Bernstorffs wurde ihm vorenthalten. Solange Bethmann und Helfferich gegen den U-Boot-Krieg waren, warnen sie vor der amerikanischen Gefahr, später, als sie nachgegeben hatten, sagen sie über sie stillschweigend hinweg. Man möchte jetzt die Hoffnung, Amerika werde dennoch aus dem Kriege bleiben, obwohl Bernstorffs Depesche diese Hoffnung vollständig zerstört hatte.

Herr Gothein hält dann eine ziemlich lange Rede über seine und seiner Partei Stellung zum U-Boot-Krieg. Seine Gehörlosigkeit steht im seltsamen Gegensatz zur Schweigsamkeit des Herrn Spahn, der doch eigentlich mal etwas über die Stellung seiner Partei sagen könnte.

Singheimer macht nun darauf aufmerksam, daß eine neutrale Macht im Dezember 1916 auf die entscheidende Bedeutung der belgischen Angelegenheit für die Friedensfrage hinwies, daß aber damals eine klare Erklärung Deutschlands ausblieb.

Bethmann will sich eigentlich nicht äußern, solange die bevorstehenden geheimen Verhandlungen über den Schritt der neutralen Macht nicht stattgefunden haben. Es sei eine offene Frage, ob es nicht richtig gewesen wäre, über Belgien's Wiederherstellung von vornherein eine apodiktische Erklärung abzugeben. Der Augenblick, in dem die Entente ihre ungeheuerlichen Friedensbedingungen veröffentlichte, war aber für die Abgabe einer solchen Erklärung nicht der richtige. Später sei allerdings ein Moment eingetreten, wo er im Begriffe gewesen sei, eine solche Erklärung öffentlich abzugeben. Dies sei, wie er glaube, der richtige Moment gewesen, wo eine derartige Erklärung auch zu Ergebnissen geführt haben würde. Bethmann sollte damit wieder auf die dunklen Vorhänge des Russ 1917 an, die noch einer gründlichen Aufhellung bedürften.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt man auf die berüchtigte schwadronierende Kaiserrede vom 13. Dezember 1916 zu sprechen, die die Wirkung des Friedensangebots vom 12. Dezember wieder aufhob. Konrad Müller vom Auswärtigen Amt teilt dazu mit, es sei festgestellt, daß die Veröffentlichung jener Rede durch sein Amt nicht erfolgt sei. Wer sie bewirkt habe, lasse sich aber leider nicht mehr nachweisen, da die Beweisküde bei der Besetzung des Wolff-Bureaus durch die Spartakisten vernichtet worden seien. Große Heiterkeit folgt dieser Erklärung.

Der Sitzungsbericht.

Der Anhang ist sehr stark. Helfferich ist wieder da. Wurmuth ist Mitglied des Ausschusses geblieben. Vorsitzender Gothein eröffnet die Sitzung mit folgender Erklärung:

Die Vorgänge, die sich am Schluß der letzten öffentlichen Sitzung ereignet haben, haben Zweifel über die Aufgaben des Untersuchungsausschusses hervorgerufen. Demgegenüber stelle ich fest: Der Untersuchungsausschuss hat lediglich den Charakter einer parlamentarischen Enquete-Kommission. Ihm liegt kein Ermittlungsverfahren für den Staatsgerichtshof oder ein Strafgericht ob. Sein Zweck ist nicht, Anlagematerial zu beschaffen, sondern die Aufklärung und Feststellung von Tatsachen oder Ursachen und politischen Zusammenhängen. Dieser Beschluß ist unbedingt verpflichtend für alle Mitglieder des Ausschusses, ebenso aber auch für alle Zeugen, die in ihren Aussagen sich aller Werturteile zu enthalten haben. Ich bitte die Mitglieder des Ausschusses wie die Zeugen, sich dementsprechend zu verhalten.

Helfferich will protestieren.

Dr. Helfferich: Ich bitte um das Wort zu einer Erklärung, die sich bezieht auf meine Verurteilung wegen angeblicher Zeugniserweigerung sowie auf die Fragen des Abg. Dr. Cohn und die Antworten, die darauf erfolgt sind, sowie auf das gesamte prozessuale Verfahren vor diesem Ausschuss.

Vorsitzender Gothein: In diesem Stadium würde ich es nicht für angezeigt halten, Ihnen dazu das Wort zu geben. Ich stelle Ihnen aber anheim, Ihren Einspruch dem Ausschuss einzubringen. Der Ausschuss wird Ihnen Bescheid erteilen. Im übrigen bleibt es Ihnen unbenommen, die Presse von dem Wortlaut Ihres Einspruchs zu unterrichten.

Dr. Helfferich: Um dem ruhigen und glatten Verlauf der Verhandlungen kein Hindernis in den Weg zu legen, füge ich mich diesen Vorschlägen des Vorsitzenden und übergebe diese Erklärung zu Protokoll. Ich bitte, daß der Hauptauschuss dazu Stellung nimmt. Im Gegensatz zu Äußerungen in der Presse will ich den Verhandlungen hier kein Hindernis in den Weg legen. Ich habe das größte Interesse daran, daß die Verhandlungen rasch und glatt zu Ende geführt werden. Deshalb stelle ich mich unter den Vorbehalten, die ich formuliert habe, weiteren Fragen des Ausschusses zur Verfügung.

Bethmann und der „Vorwärts“-Leitartikel.

Der Vorsitzende hat wiederholt Einspruch eingelegt dagegen, daß Ergebnisse der Verhandlungen hier festgesetzt werden, bevor der Untersuchungsausschuss mit seiner Arbeit zum Ende gelangt ist. Insbesondere ist wiederholt die Mahnung an die Presse gerichtet, mit solchen Wertungen zurückzuhalten. Diese Mahnungen sind vielfach auf ein unfruchtbares Feld gefallen. Ich hoffe, daß der Ausschuss aus allen meinen bisherigen Aussagen die Überzeugung gewonnen hat, daß ich weilsam von jeder parteipolitischen Tendenz lediglich befreit bin, der Wahrheit bei Feststellung der Tatsachen zu dienen. Ich gehe von der Überzeugung aus, daß namentlich, nachdem uns so unermessliches Unheil betroffen hat,

das Volk einen gerechten Anspruch darauf hat, zu wissen, wie die Dinge herabgegangen sind, und ich bin nicht gekommen, in irgendeinem Punkte Heimlichkeitsströmung zu treiben. Im Gegenteil! Wenn es die Aufgabe dieses Ausschusses ist, nicht nur im historischen Sinne die Wahrheit festzustellen, sondern auch dagegen zu wirken, daß das Volk, das nun diese Not und dieses Unheil zu tragen hat, fortgesetzt mit Nachrichten versehen wird, die die bisher bestohene Unklarheit über die wichtigsten Fragen der Kriegführung nicht auflösen, sondern vermehren, dann glaube ich das Recht zu haben, auch ohne daß der Ausschuss spezielle Fragen an mich gerichtet hat, sobald ich vermag, zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen. Ich habe heute früh einen Artikel im „Vorwärts“ gelesen, der Tatsachen der gegenwärtig noch im Laufe befindlichen Untersuchung als abgeschlossen hinstellt und daraus Konsequenzen zieht, die zu weiterer Verwirrung führen müssen. Es handelt sich im wesentlichen, um einen scharfen Ausdruck zu gebrauchen, um den Vorwurf, das Volk sei hinter's Licht geführt worden, einen Vorwurf, der so auch in diesem Falle erhoben ist. Nun, daß eine Friedensvermittlung Wilsons ebenfalls zu erwarten war, lag im Herbst 1916 in der Luft. Ausdrücklich und amtlich die Vertreter über unsere auf eine Friedensaktion Wilsons gerichteten Schritte in Washington zu informieren, mußte ich Bedenken tragen, aber nicht, um das Volk hinter's Licht zu führen, sondern im Gegenteil um eine Friedens-

aktion Wilsons nicht von vornherein zu sabotieren, denn es lag auf der Hand, daß, wenn von unseren Demagogen aus, vor dem geringste durchgedrungen wäre, Wilson nicht mehr daran denken konnte, für den Frieden etwas zu tun. Anstatt der Besamstellung der Vereinigten Staaten zur Erweite konnte Wilson als antinationaler Verräter verrufen, als der Vorwärt, und einen Gefallen zu tun. Aber auch

die deutschen Verhältnisse

machten es mir Schlechterdings unmöglich, die Parteien in volles Vertrauen zu ziehen. Ich erlaube mir genau, daß bei einer vertraulichen Besprechung, die ich mit den Führern der bürgerlichen Parteien am 11. Dezember 1916 hatte, die sehr ausgesprochene Abneigung der Mehrheit zum Ausdruck kam, den Frieden durch den Präsidenten Wilson vermittelt zu erhalten. Die bei den jetzigen Verhandlungen wiederholt besprochene Antipathie gegen Amerika war eben zu stark. Selbst vertrauliche Besprechungen hätten mich nicht vor Presseerörterungen geschützt, die jede amerikanische Vermittlung als antinationalen Verräter verrufen hätte. Die Sozialdemokratie aber, die auf anderem Boden stand, war doch nur eine Minderheitspartei, deren Zustimmung, wie die Parte in Deutschland bei uns nun einmal lagen, die Opposition der anderen Parteien nur verschärft haben würde. Mit der Rolle des Präsidenten Wilson vom 13. Dezember wurde dessen Friedensaktion ebenso öffentliches Recht, wie die Stellung der Entente zur Friedensfrage überhaupt durch deren Antworten auf diese Rolle und auf unser Friedensangebot es geworden ist. Daß der U-Boot Beschluß vom 9. Januar

ohne Kenntnis des Reichstags

gefaßt wurde, folgte notwendig aus dem Charakter dieses Beschlusses als der Entscheidung über eine militärische Aktion. Um den Erfolg dieser Aktion nach Möglichkeit zu sichern, mußte sie, soweit es in der Macht der zuständigen Stellen stand, vor aller Welt geheim gehalten werden. Anträge wegen dieser Geheimhaltung könnten doch nur darauf gestützt werden, daß die verantwortlichen Stellen die politische und militärische Zwangslage, von der ich wiederholt gesprochen habe, zu offensivem Unrecht als vorliegend angenommen hätten; mit anderen Worten, auf meine Stellung gelehnt, ob ich zu offenbarem Unrecht am 9. Januar annahm, daß die Entente nicht verhandlungsbereit sei. Ueber dieses Thema ist sehr ausführlich und wiederholt gesprochen worden, so daß ich heute nichts mehr hinzufügen kann. Desgleichen habe ich mich eingehend darüber ausgesprochen, weshalb ich aus keinen Vorgängen der Folgezeit bis zum 22. Januar, dem Tage der Kongressbesitzung einschließlic, eine grundsätzliche Änderung der Situation folgern zu können geglaubt habe. Ueber die Ereignisse aber, welche sich an das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 28. Januar angeschlossen, habe ich, sobald es mir möglich war, die Parteien informiert. Hoffe ich alles noch einmal zusammen, so ergibt sich, daß die Geheimhaltung unserer Schritte in Washington lediglich eine

Förderung der Wilsonschen Friedensaktion,

die Geheimhaltung des U-Boot-Beschlusses lediglich die Fernhaltung aller militärischen Maßnahmen von diesem Kriegsmittel im Auge gehabt hätte. Daß die Reichstagsparteien niemals im Unklaren darüber gewesen seien, daß der U-Boot-Krieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen werde, ist eine Legende. Sollte der Ausschuss in dieser Beziehung noch Zweifel hegen, so beantrage ich, daß die stenographischen Berichte über die Sitzungen der Enquete-Kommission, welche sich mit dem U-Boot-Krieg in seinen verschiedenen Phasen befaßt hat, zu Male gezogen werden. Trotz ihrer Kenntnis von der Bedeutung des U-Boot-Krieges gegenüber Amerika ist eine kampfbereite Reichstagsmehrheit Anhängerin des U-Boot-Krieges gewesen, falls er von der Obersten Herrscherleitung für nötig gehalten wurde. In diesem Ratbestand können namentlich diejenigen politischen Faktoren nicht rütteln, welche mit besonderem Nachdruck das Prinzip vertreten, daß die Mehrheit der Volkvertretung den Gang der Dinge zu bestimmen habe.

Spalier für Hindenburg.

W.B. kündigt an: Um das Erscheinen des Feldmarschalls v. Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss auf alle Fälle zu ermöglichen, wird der Weg des Feldmarschalls zum Reichstagsgebäude von starken Kräften der Sicherheitswehr besetzt und jeder Versuch einer Durchbrechung der Sperrlinie, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingst verhindert werden.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Lühows Ehrenkompagnie.

Wie die Korrespondenz B. S. mitteilt, erschien am Montag vormittag gegen 11 Uhr eine Ehrenkompagnie des Freikorps Lühow feldmarschallmäßig ausgerüstet mit klingendem Spiel vor der Villa Helfferich und nahm in zwei Gliedern Aufstellung, worauf der Generalfeldmarschall Hindenburg die Front abwartete. Die Sicherheitspolizei hinderte den Anmarsch der Ehrenkompagnie nicht, da sie glaubte, daß es sich um einen offiziellen An-

Bele. Wir wollen einstweilen annehmen, daß auch Gindenburg dies gedacht hat.

Wie von zuständiger Seite derselben Korrespondenz mitgeteilt wird, besteht das Freikorps Lübow nicht mehr. Es sei anzunehmen, daß es sich hier um ehemalige Angehörige des Freikorps handle. Dann entsteht aber die Frage, wie konnten diese ehemaligen Freikorpsangehörigen in feldmarschmäßiger Ausrüstung, also in voller Bewaffnung ihre Demonstration unternehmen? Wenn das Freikorps Lübow nicht mehr besteht, so liegt hier ein schweres Vergehen gegen § 127 des Strafgesetzbuchs vor, der lautet:

„Wer unbefugterweise einen bewaffneten Haufen bildet oder beschließt, oder eine Mannschaft, von der er weiß, daß sie ohne gesetzliche Befugnis gesammelt ist, mit Waffen oder Kriegswaffen versehen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“

Das Vergehen ist in diesem Fall besonders schwer, weil es unter dem Belagerungszustand erfolgte und mit einer Demonstration unter freiem Himmel verbunden war. Die Regierung hat entsprechend den Befehlen gegen Urheber und Teilnehmer eingeschritten.

### Warnung an die Deutschnationalen.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Sicherheitspolizei im Laufe des gestrigen Sonntags an maßgebende Persönlichkeiten der deutschnationalen Partei, sowie an die Führer der deutschnationalen Studenten die Erklärung gelangen lassen, daß sie bei Wiederholung von Demonstrationen, wie sie sich in voriger Woche abspielte, die schärfsten Maßnahmen treffen werde, um die Bildung von Märschen zwischenfall, den eine hiesige Korrespondenz meldet, ernstere wegen politisch Anderndensender zu verhindern. Es ist in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet worden, daß eodentz von der Waffe Gebrauch gemacht werden wird. Ebenso hat das Oberkommando in einer erneuten Verfügung schärfstes Einschreiten gegen alle planmäßigen Demonstrationen angeordnet.

Gewarnt worden sind die Herrschaften unseres Erachtens nun genug, aber die Taten stehen sehr hinter den Worten zurück.

### Die alldeutsche Heftpresse.

Ueber das Niveau, auf das die alldeutsche Heftpresse gesunken ist, geben folgende Zitate Auskunft:

Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Landesverräter oder Spiescher unter sich duldet, hat keinen Anspruch mehr auf eine loyale Beurteilung. Unwillkürlich greift man nach der Kleiderbürste, um den Nachbarn zu reinigen, wenn er einmal in unfeindliche Berührung mit diesen Leuten gekommen ist.

Leute, die so etwas schreiben, berührt man nicht am Nachbarn, sondern, wenn man sie berühren muß, dann kräftig und an anderer Stelle.

Die Post: Ganz Berlin trat am Sonntag für die Kriegsgefangenen ein, nur die Regierungssozialisten hatten trotz Reichskanzler Bauer für unsere unglücklichen Brüder keine Zeit.

Nur gleichen Zeit gibt die „Deutsche Tageszeitung“ ihrer Freunde darüber Ausdruck, daß in den Kriegsgefangenenversammlungen alle Bevölkerungsklassen vertreten waren, und nennt die Namen der mehrheitssozialdemokratischen Redner, die dort auftraten. Eine feine Gesellschaft!

### Der Landesverrat der Schwerindustrie.

In seiner Rede vor der Preussischen Landesversammlung hat Genosse Heilmann nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Wucher am deutschen Volke eines der wichtigsten Momente ge-

wesen ist, die zum Zusammenbruch geführt haben. Die „Soziale Korrespondenz“ schreibt in Ergänzung dieser Ausführungen:

Wucher betriebe in erster Reihe die deutsche Schwerindustrie. Sie erpregte und erhielt auf Grund des Gindenburg-Programms ungeheure Uebergewinne und kürzte Groener, als er diese Ueberschüsse zu beschneiden und in Einklang mit der Pflichtenpflicht der Arbeiter zu bringen suchte. Aber dieser Wucher war zugleich ein Stück offener Landesverrat. Weil er auf einer künftigen Verengung der deutschen Stahlproduktion beruhte.

Genosse Heilmann hat in der besagten Landesversammlung auch auf die Denkschrift des Verfassers Dörten hingewiesen, welche den schärfsten Beweis für diese ungeheuren Ueberschüsse der deutschen Schwerindustrie erbringt. Dörten's Denkschrift ist schon während des Krieges verfaßt worden und vertraulich der Regierung und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Mayer-Kaufmann, dem jetzigen Reichsfinanzminister, überreicht worden. Im Anschluß an den Daimler-Standart wurde auch vom Kriegsministerium eine Untersuchungskommission eingesetzt, der Verfassers Dörten die Angaben Dörten's durchaus bestätigte. Die Kriegsstoffabteilung übergab indessen dem Reichstag eine Gegenentschrift, nach der alles in schönster Ordnung sein sollte. Den Wert dieser Arbeit wird man ermessen können, wenn man erfährt, daß diese 60 Seiten einer höchst unklaren Darstellung von den Schwerindustriellen selbst den Militärs in die Feder fließen waren. Die Kriegsstoffabteilung war nämlich schon nichts mehr anderes als ein Untersuchungsausschuß der Schwerindustrie. An ihrer Spitze stand ein Dr. Fischer — es handelt sich hier um die Verwaltung von Stahl und Eisen — als Kommissar der Eisenzentrale. Dr. Fischer ist Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft und etwa vierzigjähriger Aufsichtsrat in Bergwerks- und Hüttengelellschaften. Neben ihm fungierten ein Hauptmann Bürger, Beamter der Eisenkammer Bergwerks-Aktiengesellschaft, und Hauptmann Rüdner, ein Bruder des bekannten Großindustriellen.

Die Kriegsstoffabteilung hatte zeitweilig versucht, sich selbst Einfluß in die Preisbildung namentlich für Sauerstoff zu verschaffen. Diese Versuche mußten aufgegeben werden, da die an ihnen beteiligten Beamten sofort gekürzt wurden. An verschiedenen Orten Granatfabrik und an der Ausfuhr von Holzzeug und Trägern, die nach dem Verfall des deutschen Militärattaches in Vorn auf Umwegen an die feindlichen Länder geliefert wurden, verdiente die Schwerindustrie riesige Uebergewinne, deren Gesamtbeitrag Verfassers Dörten auf 8000 Millionen berechnet.

Aber das aller schlimmste war, daß die deutsche Stahlproduktion zurückging. Während in Amerika die Stahlerzeugung von 25 auf 40 Millionen Tonnen stieg, während England und selbst Oesterreich-Ungarn ihre Stahlproduktion vermehrten, sank die deutsche Stahlerzeugung von 20 auf 15 Millionen.

Der Rückgang der deutschen Stahlproduktion war um so ungeheurer, als bei dem raschen Vormarsch der deutschen Truppen im August 1914 die großen belgischen und nordbranzösischen Hüttenwerke unterseht in die deutsche Hand gefallen waren. Auf Kniffen der Schwerindustrie, welche auch diese Preisunterbreitungen fürchtete, wurden sie nicht in Betrieb genommen, obwohl sie mit einheimischen Kohlen und Arbeitskräften mehrere Millionen Tonnen Stahl jährlich hätten liefern können.

Und dieselben Leute, die Deutschland ins Unglück geführt haben, und die froh sein sollten, daß man sie nicht wegen Landesverrats ins Zuchthaus steckt, wagen jetzt dem Volke, das beispiellose Opfer im Kriege gebracht und unerhörte Leiden ertragen hat, Vorwürfe zu machen, wegen die Revolution und die Republik angestiftet, daß sie an der Wechselseitigkeit und dem Glanz der Niederlage schuld wären.

Die Herren sind schon wieder sehr übermütig geworden, seit sie zu weitern glauben, daß die nächsten Wahlen eine Mehrheit gegen die Sozialisierung bringen werden. Offenlich macht ihnen das Volk durch diese seine kapitalistische Rechnung einen bösen Strich!

Ihre Rücken krümmen sich, dort, spröde werden Knochen und Muskeln, ihre Gehirne schlief ein.

Die Bauern säen und ernten. Weit ist der Weg zur Bahn und zur Stadt, um einzukaufen und zu verkaufen, so überlassen sie ihre Ergebnisse dem Händler, der ihnen dafür Meibung, Werbungsgegenstände liefert. So teuer ist, was der Händler aus der Stadt bringt, daß jeder befürchtet, nicht auszukommen, gleich nach jeder Gelegenheit greift, mehr herauszufischen — und sei es auf Kosten des Nachbarn. Jeder schreit und spart, sie können die Jahre, in denen Hochwasser, Schnee oder Hagel die Erde verbarst, wo man dem Händler mit leeren Händen gegenübersteht, sie können sie und legen Taler zu Taler, werden geizig, spielen listig zum Nachbar, ob sie ihm nicht etwas ablassen können.

Da sind die Arbeiter, die mal ihr Adergerät, mal ihr Saatgut, mal ihre Weide für ihre Fiegen brauchen. Sie sind auf die Bauern angewiesen und diese wissen nur zu gut, wer ihnen billig helfen kann und muß.

So geht ein stiller, gefährlicher Kampf durch das Dorf, gegen jeden und Bauer gegen Arbeiter — der eine das andere Deiser, der eine das andere Feind, und jeder sucht in dem schmerzlichen, langen Leben am besten wegzukommen. Wenn einer niederbricht — Raum und Erde schafft es den andern.

Die Meßenden aber stehen zwischen Deiser und Souper auf den Höhen von einem Autor zum andern und setzen, satt und wehleidig:

„Abwärts vom Jagen und Hasen der Welt — wie sind die Dörfer glücklich!“

Verlebe auf Kagoz. Maria Jhogan aus München absolvierte in der Staatsoper ihr zweites Gastspiel. Als Ferdinand, Göttinger, schalkhafte Bewegung und geistliche Kletterei sind ihrem Spiel eigen, und die klar hingetragenen Kompositionen der berühmten Arie, der schmerzliche Ausdruck ihres Gefanges und die Treuehaftigkeit ihrer geschmeidigen Melodie lassen uns willig über die Kleinheit des Materials hinwegsehen. Ihre zur Seite eine kleine Arme guter Duffo-Sänger, am liebsten Dente. Und im ferrißen Teil Marie's Nothor aufsteigend auf als Komponist. Die Hofgreen, Waag feierlich und ergreifend, Strauch dirigierte sein Werk selbst. Eine Einheit ist es nicht und wird es nie sein. Aber an Klang, reich, Erfindung, Kustname und Orchesterreichtum vielleicht das Beste, was der Meister geschrieben.

Ein neues Theater wurde am Sonntag im Landwehrkasino am Zoo eröffnet. Auf der rasch improvisierten Bühne, die der Maler Henninger mit Partensagen aufstellte und mit sorgfältig charakterisierten Kostümen besetzt, wird eine Mischgattung geboten, der am besten die Bezeichnung Theaterparodie gerecht wird. Die alte klassizistische Götterwelt ist von Adressen zu einem Götterfest „Solam“ verarbeitet, zu der Urania eine ebenso melancholische wie monotone Musik geschrieben hat. Der künstliche Mensch stirbt (ebenfalls künstlich) an der unerwiderten Liebe zur Tochter seines

### Militärdemonstration vor dem Reichstag.

Während nach den vorliegenden Berichten die Abfertigung des Reichstags im allgemeinen funktionierte und abendliche Zusammenkünfte, die auch heute wieder einige hundert Personen versuchten, gesichert wurden, wobei sich die Demonstranten freilich wieder in herausfordernder Weise benahmen, verdient folgender Zwischenfall, den eine hiesige Korrespondenz meldet, erhöhte Bedeutung. Danach erschien eine Gruppe von Offizieren und Soldaten unter Führung eines Obersten aus Potsdam. Es handelte sich um Deputierten einzelner Potsdamer Regimenter, deren Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in der etwa 60 Mann starken Abteilung verteilt waren. Die Potsdamer zogen geschloffen am Reichstag vorbei, ohne angehalten zu werden, da die Sicherheitspolizei sie für eine Abteilung Reichsmehr hielt, die zur Verhinderung abkommandiert war. Am Molke-Deinmal nahm die kleine Gruppe, aus deren Mitte man Schwärmungen gegen den Untersuchungsausschuß, namentlich gegen den Abg. Gahn hörte, Aufstellung. — Eine amtliche Untersuchung dieser Angelegenheit ist dringend notwendig.

### Die Sowjet-Friedensfrage.

Während als Vertreter Englands der Abg. C'Grady (Fox) zur Kopenhagener Botschafterkonferenz mit dem Sowjetvertreter Timonof reiß, legt Nordamerika festliche Fühlungnahme mit dem Bolschewismus ab. Auf die Verhandlungen in Torgo wird ein Entsendung ausgeht, um sie am Friedensschluß mit Sowjetrußland zu verhindern, was bei der Abhängigkeit der Handelswege von der Ostsee natürlich sehr zu wünschen ist. Frankreich bewilligt die ihm zugesicherte Hälfte, sich von der Einmischung in Rußland zurückzuziehen.

Kaiserin Kamil Paisha soll Berlin ein Bündnis zwischen der Sowjetrepublik und den nationalistischen Parteien in Kleinasien vorgeschlagen haben.

Die zurückgehenden „Westrussen“ werden nun auch von den Esten angegriffen.

Die Nachricht, daß der Oberst Krasnow-Bermontsich mit seinen Truppen dem General v. Eberhardt unterstellt hat, bestätigt sich. Der Zustand der Krasnow-Bermontsich'schen Truppen ist noch unübersichtlich, doch scheint unter ihnen eine starke Verwirrung zu herrschen. Die westrussische Regierung ist aufgelöst.

### An die französischen Kameraden!

Der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ hat über die von Franzosen und Deutschen geführte Internationale Vereinigung der Weltkriegsteilnehmer in Genf das nachstehende Manifest an die französischen Kameraden gerichtet:

„Kameraden!“

Wir sprechen so zu Euch, weil wir gemeinsam gekämpft, gelitten und gelitten haben. Weil wir Opfer eines blutigen, eines Krieges gewesen sind. Und weil wir Euch Kameraden im Kampfe für den Weltfrieden und die Witterungsveränderung sein wollen. Weil wir, wie Ihr, die Weibery'sche eines so zersetzenden und aberwitzigen Massenstandes mit allen Kräften verhindern wollen.

„Kameraden!“

Wir sind schon länger als ein Jahr in diesem Friedenskampfe begriffen, wir konnten es, weil wir schon lange wieder freie Menschen und nicht mehr Soldaten sind. Unsere Kraft, die gegen jeden Völkerrach gekehrt ist, steht seit Monaten in der Wehr des Chauvinismus, der die Zurückhaltung unserer 450 000 gefangenen Brüder als Waffe gegen uns und unser hebrs Ziel benutz.

„Kameraden!“

Wir wissen, daß Frankreich gelitten hat. Wir wissen auch um unsern Schmerz über maßlose Herbrörungen und die Leiden unser Angehörigen im Kriegsbereich.

Wir wissen aber auch um die Leiden unserer armen Weibery. Wir wissen, wie Ihr es wißt, daß sie den Krieg nicht gerufen, daß sie dem Zwange eines Systems gehorchen mußten, das heute

Schöpfer, des berühmten Rabbi. Die Großstimme Desider Jabor's befehle den Golem und ach dem Golem Weibe.

Kana ist heute alles, und so war der Hauptteil des Programms der Leiden und doch so schweren Kunst der Seine geübt. Man konnte alle und neue Richtung, man sah sich phantastisch, programmatisch und realistisch, pantomime und wagt hant durchzubringen. Der Bericht ist eine treffliche Epikentänzerin und Fred von Dullen ein Ausdrucksänger von Rang. Das Orchester wies unter Boghalters Führung gute Haltung auf.

Neue Leseliche — in Oesterreich. Das österreichische Unterrichtsamt hat die Ausgabe eigener Leselichsammlungen veranlaßt, die eine notwendige Ergänzung der bisherigen Leseliche und einen Ersatz ihrer schwarz-weißen Anzeigefolien bilden sollen. Nur die Unterstufe ist „Das neue Buch“ bestimmt; das dritte und vierte Schuljahr erhält ein Leselichelein mit dem Titel „Aus aller und neuer Zeit“, die Vätergänger erhalten ein Ergänzungsbuch mit dem Titel „Aus Vergangenheit und Gegenwart“. Die neuen mit dem Titel „Aus Vergangenheit und Gegenwart“. Die neuen Bücher werden, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ aufzählt, auch von den Eltern gern gelesen werden und sie werden sich an ihrem neuen Weibe freuen, der nun die Kinder in den Schulen erhalten wird. Das Buch für die Vätergänger enthält auch zwei längere Leseliche von Ewaldsänger Dr. Kerner zur hantbürgerlichen Verklärung der Kinder. Das erste, dem „Weltkrieg“ gewidmet, das zweite, „Die staatliche Neuordnung“, behandelt die Koormberrenaution in Deutschland und Oesterreich, den 12. November, die Bedeutung des 12. November, den Vertrag von Saint-Germain und dem Völkerrach. Er schließt: „Und von diesem Völkerrach wird Deutschland von neuem die Herdrung erleben, doch es als freier Staat der deutschen Republik beitreten will.“ Wegen der technischen Schwierigkeiten konnten bei vollen Auflegen der Bücher noch nicht fertiggestellt werden, um am Revolutionstag schon alle Schüler damit auszustatten. (Wöchentlich Oesterreich.)

Parlamentarische Filmüberverständige. Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee sich den von mancher Seite beanstandeten Film „Rubens als die Andern“ vor Mitglieder der Nationalversammlung sowie der Regierung vorführen. Von verschiedenen Seiten wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß zum mindesten die gegen diesen Aufführungsplan vorgebrachten Angriffe unangerechtfertigt seien. (Es sehr es wünschenswert ist, daß die Abgeordneten sich ein eigenes Urteil über diese Filme bilden, sind solche Urteile einzelner, so wertvoll sie als Stichproben sind, natürlich nicht entscheidend.)

Günther Aben, brillen Drama „Robert Kranz“ am 17. im Volkstheater aufgeführt wird, legt Wert auf die Erklärung, daß sein Stück, das während des Krieges verlesen war, bereits im Jahre 1912 geschrieben und 1913 im Druck erschienen ist.

Das Berliner Theater haben die jetzigen Führer Weinbach und Bernauer von dem neuen Direktor weiter auf mehrere Jahre gesichert.

Wandernde Kaspertheater. In alle des Reichshauptmanns (Bundesrats) von Hiltz in Kahlen sollen dort künstlerische Kaspertheater als Wanderbühnen organisiert werden. Man spricht sich davon eine wirksame Ueberwindung des Ainosdranges der breiten Volksmasse (7).

### Die Lüge.

Von Paul Haupt.

Dort, wo sich schwarze Tannen und knorrige Eichen in zweifelhafte Wand von stolzen hohen Wipfeln dem zum Tal ziehen, duckt sich, an einem Bach, der silberhell in schlafig-friedevollem Gemurmel den Grund durchfließt, ein Dörfchen von ungefähr 50 Häusern. Anstaltliche Häuser, wie aus einer Spielzeugschachtel, reichen bis fast zur Erde, nämlich aufsehende gefächerte Gobel leuchten im schwebenden Hochsommerlicht rosig überhaucht unter ihnen hervor, ein Mähdack knarrt; moosüberspannen die Kirchhofsmauer aus Feldsteinen, Geuzerank umzieht eine alte, so recht romantische Schule.

Und über die Berge steigen Großstädter, vornehme Geschlechter, die von einem Autor zum nächsten „Grand Hotel“ ausfliegen, blicken nieder zu dem Dörfchen, freuen sich über den friedvollen Anblick und seufzen:

„Abwärts vom Jagen und Hasen der Welt — wie sind die Dörfer glücklich!“

Fruh zwischen vier und fünf Uhr, wenn der kalte Frühnebel noch im Tale liegt, erheben sich die Bauern und Ruchte vom Strohlager, kappen durch den schlüpfrigen, feis nassen Kalksteinhof in den Stall, in dem sich das Vieh erwachend und hungrig redt. Sie verfrühen den, das sie mühselig auf langen Wiesensiden abgeleitet, über Strohberg und Geröll zum Tal geschleppt, Korn und Arie von den Weidern, die sich in Wägen Kurben zu den Bergen hinaufziehen, durch die nur der schwerfällige Ochse den Pfing zieht, auf denen die Störne besser als das Getreide wachsen. Sie schleppen Erde aus den flachen Mulden in das Gärchen am Haus, damit sie so viel Gemüse gießen können, wie der Haushalt braucht. Wenig Ackerraum bieten die freien Hügel, die meisten Bewohner des Dorfes markieren, kann daß sie nach dem Viehfüttern Zeit haben, einen Schluck Kaffee zu sich zu nehmen, über den Weg zum Kalkschot und arbeiten dort. Wenn sie am Abend müde nach Hause kommen, dann hat die Frau noch diese und jene Landarbeit, die ihr allein zu schwer war, für sie zu tun. Spät erst legen sie sich tobäude in die Betten, um morgens, wenn es noch längst nicht hell im Tale ist, wieder aufzustehen zu mühsamen Tagewerk.

Der Postbote bringt wenig Post, Zeitungen, die müde befristet-geschoben werden, steht ja in ihnen doch nur, daß alles immer teurer wird.

So leben sie, Jahr um Jahr verrinnt, zwischen Arbeit und Viehfüttern erfahren sie von großen Veränderungen, die jenseits der Berge vor sich gegangen, Leute von da draußen kommen, sie zu irgendeiner Sache zu gewinnen, sie raffen sich auf — bis es ihnen gubiel wird, bis die Arbeit liegen bleibt und sie, ihre Sklaven, zu ihr zurückkehren müssen, um ihr Brot zu erzkufen.



